

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW. Kochstraße 22-28

Fernsprech Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800
11 801 11 802 bis 11 850, sowie 15 280 15 281 15 282 bis 15 291

Beginn der Verfassungs-Beratungen.

England gegen Aufhebung der Blockade

Meldung des Reuterschen Büros.

London, 27. Februar.

Auf der Arbeiterkonferenz sagte Lloyd George, die Blockade wäre nicht eher aufgehoben werden, als bis Deutschland einen Friedensvertrag unterzeichnet hätte, der den Krieg unmöglich mache. Er hoffe zuversichtlich, daß der Präliminarfrieden binnen wenigen Wochen unterzeichnet sein werde.

Die große Arbeiterkonferenz, von der hier die Rede ist, wurde am Donnerstag in Westminster eröffnet. Sie wurde von der englischen Regierung einberufen, um eine Organisation zu gründen, die Streiks verhindern soll. Alle Meinungsverschiedenheiten sollen von einem unparteiischen Schiedsgerichtshof besprochen werden. Der Arbeitsminister Horné führte den Vorsitz; 800 Arbeiter vertreten die bedeutendsten Organisationen der Arbeitnehmer und Fachvereinigungen des Landes. Nach zahlreichen Reden sprach Lloyd George, der einen gemeinsamen Ausschuss, bestehend aus einer gleichen Anzahl Arbeitgeber und Arbeiter beiderlei Geschlechts mit einem von der Regierung ernannten Vorsitzenden vorschlug. Die Kommission soll die Ursachen der heutigen Unruhen untersuchen und über die Fragen der Arbeiterlöhne, Arbeitsstunden, der Arbeitslosigkeit und über die beste Art des Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit Bericht erstatten. Der Vorschlag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Italien und Jugoslawien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Hamburg, 28. Februar.

Ein Funkspruch des amerikanischen Pressedienstes besagt: Ein schwerer Schatten bedrohte gestern abends den Frieden in Europa: Der Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien, der in letzter Zeit an Stärke bedeutend zugenommen hat, schien sich vor der Pariser Konferenz entladen zu wollen. Die Spannung zwischen Italien und Jugoslawien ist durch die Ausweisung der italienischen Militärmission aus Laibach aufs schärfste gesteigert. Diese Mission sollte dort mit jugoslawischen Vertretern wegen des Abtransports von Lebensmitteln für ein Gebiet an der balmatischen Küste verhandeln, das nach der Behauptung der Laibacher Behörden zu dem von der Entente anerkannten jugoslawischen Landesgebiet gehört. Ein italienischer Bericht besagt, die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien seien abgebrochen, und infolgedessen werde auch die Mission aufgehalten, die von der Entente abgeschickt worden sei, um zwischen Italien und Jugoslawien zu vermitteln. Das Oberkommando der Alliierten hat alle Vorbereitungen getroffen, um einen Zusammenstoß zu vermeiden; da sich aber auf beiden Seiten der Waffenstillstandsgrenzen Armeen gegenüberstehen, so ist die Lage nicht ungefährlich. Erforderlichenfalls wird aber die Friedenskonferenz die beiden im Streit miteinander befindlichen Nationen durch einen wirtschaftlichen Boykott zur Vernunft bringen.

London, 27. Februar.

Reuters meldet aus Paris: Da Italien sich endgültig gewelgert hat, Wilson als Schlichter zwischen Italien und den Jugoslawen anzuerkennen, haben diese heute auf der Friedenskonferenz die Forderung erhoben, daß der Stenogramm die Grenze bilden soll. Berichten aus Italien zufolge ist von den Jugoslawen die allgemeine Mobilmachung angeordnet worden. Italien hat deshalb die Rückbeförderung der Jugoslawen, die während des Krieges mit Oesterreich gefangen genommen worden sind, eingestellt. Nach einer weiteren Reutersmeldung stellen die in Paris befindlichen jugoslawischen Delegierten die italienischen Meldungen über die allgemeine Mobilmachung der Jugoslawen in Abrede. Sie teilen mit, daß das Heer, das nach der Niederlage Oesterreichs aufgelöst war, in sehr beschränktem Maße neu organisiert wird.

Bern, 27. Februar.

Der „Times“ veröffentlicht eine Mitteilung der montenegrinischen Regierung, wonach diese bei den Mächten gegen den Terror und die Korruptionsmethoden der Serben in Montenegro protestiert und auf die von den Serben in Montenegro begangenen Verwüstungen hinweist. Die montenegrinische Regierung behält sich das Recht vor, ihre Forderungen auf Entschädigung durch Serbien im gegebenen Augenblick vorzubringen.

Bern, 28. Februar. (A. U.)

Am Stelle des von den Tschechen gewählten „Korridors“ von der Elwalet bis zur Grenze des südlawischen Staates

wurde von dem Pariser Konferenzausschusse nur die Internationalisierung der noch zu erbauenden Eisenbahnlinie Preßburg—Fiume zugestanden.

Washington, 27. Februar. (B. L. B.)

Im Verlaufe der Besprechung über den Völkerbund teilte Wilson dem Kongreß mit, daß die Verfassung des Völkerbundes die von England vorgeschlagene sei, aber nicht diejenige, die Smuts entworfen habe. Die von den Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien vorgelegten Entwürfe seien abgelehnt worden. — Wilson stellte in Abrede, daß der Völkerbund in das Recht des Kongresses Krieg zu erklären, eingreife und sagte, die Stärke des Völkerbundes

beruhe auf der Freundschaft zwischen Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, unter denen ernste Schwierigkeiten undenkbar seien. Die Bestimmungen des Völkerbundentwurfes über die Abrüstung hätten keinen Einfluß auf die militärische Ausbildung in den einzelnen Ländern.

Bern, 27. Februar. (B. L. B.)

Die Schweizer Mitter melden, erklärte Präsident Wilson einem Pressevertreter, daß er am 16. März wieder in Europa einreisen und im Juni nach Amerika zurückkehren werde. Es läßt sich also voraussagen, daß die Friedenskonferenz zu diesem Zeitpunkt beendet sein wird.

Die Sozialdemokraten für Reichseinheit.

Weimar, 28. Februar.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.

Zu Beginn der heutigen Sitzung bereitete der Präsident der Nation, aber umschließung der Träumen aller jungen Abgeordneten ein jähes Ende, die nach Weimar in der Hoffnung geeilt waren, wie ihre Altvordern in der Paulskirche sich mannhaft und ausgiebig an der Redefreiheit um die Ideale der neuen Reichsverfassung beteiligen zu können. Präsident Fehrenbach teilte mit, daß der Verfassungskonferenz beschloßen habe, es sollten bei der ersten Lesung des Verfassungsentwurfs zwei Redner jeder Fraktion zu Worte kommen, und die Redezeit sollte auf eine Stunde beschränkt werden.

Das letztere ist gewiß zu billigen, denn in einer Stunde läßt sich auch zu einem umfangreichen Verfassungswerke das wesentliche sagen. Aber daß nun auch die Verfassung selbst in die Schablone altgewohnter parlamentarischer Betriebsamkeit gepreßt wird, wird manchem der Nationalversammlung nicht recht würdig erscheinen. Denn diese Nationalversammlung nennt sich die verfassungsgebende. Ihre alleinige Aufgabe sollte eigentlich darin bestehen, die provisorische Reichsgewalt zu schaffen, und dann ihre Tätigkeit mit der Schöpfung einer endgültigen Verfassung für das Reich zu krönen und zu beenden.

Die Verfassungsberatung müßte mithin das Brunn- und Mittelstück der ganzen parlamentarischen Tagung werden. Und sie stinkt nun zu einem Gegenstand der Tagung herab, der neben anderen steht. Vielleicht schon morgen wird sich dann das Haus nach der kurzen Aussprache vertagen, und die Kommission beginnt ihre Arbeit, an der zwar jeder Abgeordnete als Zuhörer teilnehmen, aber nicht redend, handelnd oder beratend eingzugreifen vermag. Der Satendrang der jungen Abgeordneten wird sich auf die Diskussionen der Fraktionsitzungen beschränken müssen.

Von Seiten der Fraktionsvorstände wird man sie milde verzeihend anhören. Irgendwelchen Einfluß wird das Wort der meisten von ihnen nicht haben. Und, ach, so viele werden enttäuscht von der Stille ihrer ersten parlamentarischen Wirksamkeit zurückbleiben. Mit Abneigung gegen Politik und Parlamentarismus, wo man bei pfleglicher Behandlung der parlamentarischen Jugend sicher die Möglichkeit gehabt hätte, begeisterte Apostel für die politischen Probleme und der Räte- agitation für die politische Betätigung des deutschen Volkes heranzuziehen.

Der Vormittag des heutigen ersten Beratungstages der Verfassung gehörte vollkommen den Alten. Es begann der Berliner mehrheitssozialistische Abg. Richard Fischer, der sich auch noch in das Alter ein Teil seines überschäumenden Jugendtemperamentes hineingerettet hat und bei dessen Anfangswort es beständig schien, als ob seine herbe Kritik des alten Regimes die heutigen politischen Auseinandersetzungen aus den letzten Tagen wieder aufleben lassen würde.

Aber sehr bald glätteten sich die Wogen der Erregung. Fischer legte das unbedingte Bekenntnis seiner Partei zu dem Einheitsstaat ab und tat mit feinem Humor den Partikularismus der unabhängigen Sozialdemokratie und Sparaktiven in Bayern ab. Der Redner behielt sich namens seiner Fraktion die Stellungnahme zu allen Einzelheiten des Entwurfes vor. Die Sozialdemokraten scheinen sich nicht dadurch binden zu lassen, daß ihre Partei die Mehrheit des jetzigen Kabinetts stellt.

Nichtes nicht zu schanden werden darf. Und dann machte er einen langen Exkurs über das Wesen der Arbeit, über die Notwendigkeit des Mehrarbeitens im neuen Deutschland. Es herrschte dabei ganz merkwürdig, daß das Wort „sozialistische Wirtschaft“ so ganz glatt von den Lippen des klugen Staatsmannes kam, der bis kurz vor der Revolution in offener Gegnerschaft zur Sozialdemokratie das Zentrum beherrschte und weise geführt hatte.

Es war selbstverständlich, daß der Katholik Spahn die Regelung der Kirchen- und Schulfrage der neuen Verfassung eingehend würdigte. Alles in milder Kritik, alles durchdringt von dem Willen zum Verstehen, aber andererseits doch auch deutlich getragen von der Absicht, die Dinge schließlich mit jener Macht zu lenken, die das Bündnis mit der Mehrheitssozialdemokratie dem Zentrum in der augenblicklichen Regierungskonstellation verliehen hat.

In auffallendem Gegensatz zu der Milde, mit der die kirchlichen Fragen behandelt wurden, stand die ablehnende Entscheidung, mit der Zentrumsführer sich der Antizipation der Finanzhoheit der Einzelstaaten entgegensetzte. Hier gleichen seine Ausführungen ganz genau einer Zentrumrede im alten Reichstag: Das Reich ruiniert durch den Zugriff auf die direkten Steuern die Finanzen der Bundesstaaten. Nur konnte auch der Abg. Spahn sich der Erkenntnis nicht völlig verschließen, daß bei rund 16 Milliarden Mehrbedarf im Jahr das Verhältnis von Wein und Deim in Reich und Bundesstaaten eine kleine Verschiebung erfahren müßte. Aber über das Unnötigste hinaus soll die Grenzkorrektur nicht vorgenommen werden. Als Finanzkritiker handelte sich der verständnisvollerweise in einem eigensinnigen Aton.

Der dritte Redner war der interessanteste. Nach Spahn bestieg der deutsch-nationale Abgeordnete Delbrück die Rednertribüne. Es gibt sicher in der ganzen Versammlung keinen berufeneren Kritiker eines großen Verfassungswerkes, als diesen Mann, der so manches komplizierte Gezeig als Minister und Staatssekretär und stellvertretender Reichsbankdirektor entworfen und vor dem Reichstag vertreten hat. Dieser ehemalige Sprechminister hat sich trotz der schweren Krankheit, die zwischen seiner letzten amtlichen Tätigkeit und seinem heutigen Auftreten liegt, die alte Gabe der klugen Rede erhalten. Von einer hohen Barre herab ist er an dem Verfassungsentwurf Kritik, oft mit Spott unternimmt, aber immer doch mit jener ernsten hohen Auffassung, die Delbrück auch als Minister von Staat und seinen Funktionen gehabt hat. Delbrück nannte mit seiner Ironie dem Kompromißentwurf des Staatenausschusses einen wenigstens dem Umfange nach „großen“ Gesetzentwurf.

Das Hauptstück seiner Rede bildete die Kritik am Reichsrat, in dem er ganz mit Recht eine Gefährdung der deutschen Einheit sieht. Delbrück kam zu der Forderung einer wenigstens zur Hälfte auf ständischer Grundlage aufgebauten Ersten Kammer.

Bhd.

Der Sitzungsbericht.

17. Sitzung, 28. Februar, 10 Uhr vorm.

Am Regierungstisch: Echeidemann, Schiffer, Roske, Preuß, Wiffel, Landsberg, Bauz, Koeth, David, Gothein, Erzberger, Bell, Südekum, Hirsch, Heine u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Unter den Einläufen befindet sich eine Eingabe, welche gegen die vorgeschlagenen neuen Reichsfarben Schwarzrotgold aus technischen Gründen und weil diese Farben nicht gut erkennbar seien, vorstellig wird. Eine weitere Eingabe macht auf die verwerfliche Lage der von aller Welt abgeschlossenen deutschen Truppen am Schwarzen Meer aufmerksam und bittet die Nationalversammlung, bei der Entente auf baldigen Abtransport hinzuwirken. Eine Reihe weiterer Zuschriften und Telegramme enthält Proteste gegen die seitens der Unabhängigen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier in den letzten Tagen beg...